

Regierung belastet Frauen zugunsten von Mikrofinanzunternehmen

Erklärungen des Kollektivs der von Mikrofinanzierung betroffenen Frauen (Collective of Women Affected by Microfinance), Sri Lanka

In allen Ländern Südasiens sind Frauen wegen ihrer hohen Rückzahlungsmoral die Hauptzielgruppe für die Vergabe von Mikrokrediten. Wegen hoher Zinsforderungen geraten sie jedoch schnell in eine Verschuldungsspirale. Das ist international ein Thema, seit 2010 in Indien der Mikrokreditsektor wegen geringer Rückzahlungsquoten zusammenbrach und mehrere Frauen sich aus Verzweiflung selbst töteten. In Sri Lanka hat sich ein Kollektiv von betroffenen Frauen gebildet, das nicht nur Analysen der Mikrofinanzierung vorlegt, sondern sich weigert, Kredite zurückzahlen und neue hochverzinsliche Kleinkredite bei Mikrofinanzunternehmen aufzunehmen. Im Folgenden dokumentieren wir eine Pressemitteilung von Anfang Dezember 2021 und eine Erklärung anlässlich des internationalen Frauentags am 8. März 2022.

Pressemitteilung des Kollektivs der von Mikrofinanzierung betroffenen Frauen

Das Kollektiv der von der Mikrofinanzierung betroffenen Frauen hat Ende November 2021 bei einem Treffen mit dem UN-Sonderberichterstatter für zeitgenössische Formen der Sklaverei, Tomoya Obokata, nachdrücklich auf die Probleme hingewiesen, denen sie ausgesetzt sind.

Das Kollektiv trug während des Treffens Folgendes vor:

Verschuldung ist die häufigste Ursache für Sklaverei. Im heutigen Sri Lanka sind nicht rückzahlbare Schulden, die durch Mikrofinanzkredite angehäuft wurden, die Ursache für Ausbeutung, Enteignung und Verhältnisse, die an Schuldknechtschaft erinnern. Eine Kette von hoch riskanten Krediten, die zu Wucherzinsen an Frauen ohne regelmäßiges Einkommen ausgezahlt wurden, hat deren Ersparnisse und Vermögenswerte aufgezehrt.

Durch die doppelte Verpflichtung, Schulden zurückzahlen und für ihre Familie zu sorgen, sind die verschuldeten Frauen gezwungen, in prekären und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen zu arbeiten, z. B. als Arbeiterinnen in den Bekleidungsfabriken, als Vertragsarbeiterinnen im Nahen Osten, als Tagelöhnerinnen in landwirtschaftlichen Betrie-

ben oder als Prostituierte. Beispiele aus Plantagen, aus ländlichen Regionen und aus Konfliktgebieten zeigen, dass nicht rückzahlbare Schulden auch dazu führen, dass Kinder von der Schule ausgeschlossen werden und Kinderarbeit verrichten müssen. Schätzungsweise 2,8 Millionen Frauen sind nicht in der Lage, ihre Schulden aus Mikrofinanzierung zurückzahlen.

Die finanzielle Gewalt, die von Mikrofinanzierungen ausgeht, verstärkt die häusliche, arbeitsbezogene und rechtliche Gewalt, der Frauen ausgesetzt sind. Infolgedessen haben mehr als 200 Frauen sich selbst getötet. Wir, das Kollektiv der von der Mikrofinanzierung betroffenen Frauen, haben seit 2018 die Ursachen und Auswirkungen der rücksichtslosen Kreditvergabe durch Mikrofinanzinstitute aufgezeigt und ein staatliches Eingreifen zur Lösung des Problems gefordert. Die Mikrofinanzkrise hat sich durch den Zusammenbruch der Existenzgrundlagen aufgrund der COVID-19-Pandemie noch verschärft. Die von der Wirtschaftskrise ausgehende Sparpolitik wird die verschuldeten Frauen stark belasten.

Wir wollen darauf hinweisen, dass die verschuldungsbedingte Ausbeutung von Frauen eine unmittelbare Folge davon ist, dass für Probleme des Lebensunterhalts, der Arbeit und der Entlohnung finanzorientierte Lösungen angeboten werden. Anstatt grundlegende Veränderungen in den Wirtschaftsstrukturen herbeizuführen, die geschlechtsspezifische Formen der Armut schaffen und aufrechterhalten, haben mikrofinanzähnliche Lösungen die Armut zu einem profitablen Geschäft für große Finanzunternehmen und das Finanzkapital gemacht. Auch die Vereinten Nationen haben im Laufe der Jahre eine proaktive Rolle bei der Durchsetzung dieses schädlichen Konzepts gespielt.

Die Vereinten Nationen haben nicht nur das Jahr 2005 zum Internationalen Jahr der Mikrokredite ausgerufen, sondern die Mikrofinanzierung auch im Rahmen ihrer Vorzeigeprogramme für die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) als vorbildliche Methode zur Armutsbeseitigung gelobt. Räuberische Finanzunternehmen haben die SDGs genutzt, um ihre Kreditvergabepraktiken zu bestätigen und Investoren zu gewinnen. Partnerorganisationen der Vereinten Nationen wie die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank haben die Kommerzialisierung des Mikrofinanzwesens aktiv unterstützt und gefördert. Viele andere internationale Nicht-Regierungsorganisationen fördern und finanzieren weiterhin zwielichtige Mikrofinanzunternehmen, obwohl die geschädigten und verschuldeten Frauen seit Jahren aufbegehren.

Der Bericht des unabhängigen UN-Sachverständigen für die Auswirkungen von Auslandsverschuldung und Menschenrechten aus dem Jahr 2018 hat die verheerenden Auswirkungen von Mikrofinanzschulden auf Frauen aufgezeigt. Er richtete auch mehrere Empfehlungen an die Regierung von Sri Lanka, die diese jedoch noch nicht umgesetzt hat. Als Vertreter der Opfer von Mikrofinanzierungen möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf die folgenden Empfehlungen lenken:

Die Mikrofinanzkrise in Sri Lanka sollte untersucht werden: Die Regierung, die politischen Entscheidungsträger und die Finanzlobby haben die Berichte der Opfer trotz der Proteste und der weit verbreiteten Beweise für betrügerische Mikrofinanzierungen diskreditiert und gelehnt. In Sri Lanka fehlen Daten auf nationaler Ebene über die Mikrofinanzierung und die Krise. Politische Maßnahmen zur Lösung des Problems erfordern eine genaue Untersuchung des Problems.

Erlichterung eines Schulden-Audits für Mikrofinanzierungen: Die Wucherzinsen, zu denen Mikrofinanzkredite ausgezahlt werden, erlauben es den Kreditgebern, einen Teufelskreis der Schuldeneintreibung aufrechtzuerhalten. Viele der Kreditnehmer:innen beteuern, dass sie ihre Schulden zurückgezahlt haben, aber die Unternehmen zwingen sie weiterhin, zusätzliche Zahlungen zu leisten. Ein Schulden-Audit wird dabei helfen, dieses Problem zu klären und einen Plan zur Abschaffung der Schulden zu formulieren.

Beauftragen Sie die Regierung von Sri Lanka, eine Lösung für die Abschaffung der Mikrofinanzschulden zu finden: Jede Lösung, die nicht auf die Streichung der Schulden hinausläuft, geht die Mikrofinanzkrise nicht wirklich an. Da kei-

ne Daten auf nationaler Ebene zur Verfügung stehen und keine Schuldenprüfung durchgeführt werden kann, scheint die Abschaffung der Schulden derzeit unmöglich.

Eine Regulierung der Mikrofinanzierung zum Schutz der Kreditnehmer:innen: Das Interesse an Stabilität im Finanzsektor, das die Regierung zur Regulierung des Finanzsektors veranlasst hat, hat die Kreditgeber auf Kosten der Kreditnehmer:innen und der Kreditmechanismen in Gemeinschaftsbesitz begünstigt. Ein Gesetz, das den Schutz der Gläubiger vorsieht, zwingt die Kreditnehmer:innen zur Begleichung unbezahlbarer Schulden. Wenn die Sicherung des Stammkapitals eine Anforderung ist, begünstigt dies große Finanzunternehmen und verdrängt gemeinschaftsbasierte Kreditanbieter aus dem Markt.

Kreditprogramme in Gemeinschaftsbesitz: Wie zahlreiche regionale Beispiele zeigen, ist die kommerzialisierte Mikrofinanzierung Schuld an der aktuellen Mikrofinanzkrise. Anstatt die Entwicklung zu fördern, hat die kommerzielle Kreditvergabe die Kreditnehmer:innen enteignet und in die Abhängigkeit von Schulden getrieben. Kredite in Gemeinschaftsbesitz, bei denen die Menschen selbst über die Bedingungen der Kreditvergabe und den Zweck der Kreditvergabe entscheiden können, werden den Entwicklungsbedürfnissen der Gemeinschaften besser gerecht.

Eine sinnvolle soziale Entwicklung: Finanzorientierte Lösungen der Armutsbekämpfung haben vollkommen versagt, wenn es um die Sicherstellung des Rechts der Menschen auf Entwicklung geht. Sie haben ihre Autonomie verloren und wurden in schlecht bezahlte, ausbeuterische und riskante Arbeitsverhältnissen gezwungen. Die lange COVID-19-Pandemie veranschaulicht, wie schuldenbasierte, auf die Armut ausgerichtete Lösungen nicht nur die sozialen Sicherheitsprogramme der Regierung wie *Samurdhi* (Wohlstand) beeinträchtigen, sondern auch die Krisenresistenz der Menschen untergraben haben. Eine wirtschaftliche Entwicklung, die menschenwürdige Arbeitsplätze schafft, Kleinbauer:innen und Fischer:innen stärkt und kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt, wäre weitaus wichtiger als finanzorientierte Lösungen.

Erklärung des Kollektivs der von Mikrofinanzierung betroffenen Frauen am 8. März 2022

Die Regierung, die mit dem Anspruch an die Macht kam, alle Mikrofinanzschulden abzuschaffen, hat ihr Wahlversprechen nicht gehalten. Darüber hinaus ist es ihr auch nicht gelungen, hinreichende Maßnahmen zu ergreifen, um Frauen zu unterstützen, die vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie unter einer verschärften Mikrofinanzkrise leiden. Der Lebensstandard aller Menschen, die von der Mikrofinanzierung betroffen sind, hat sich verschlechtert. Vor diesem Hintergrund rief das *Kollektiv der von der Mikrofinanzierung betroffenen Frauen* für den 8. März 2021 zu gewaltlosem Widerstand (*Satyagraha*) auf, um das Problembewusstsein zu schärfen und die Gesellschaft vor den neuen Herausforderungen zu warnen. Auch während des *Satyagraha*, das 55 Tage lang vor dem Nationaldenkmal in *Hingurakgoda, Polonnaruwa*, stattfand, ging die Regierung nicht auf unsere Forderungen ein. Als nationales Kollektiv von Frauen, die von der Mikrofinanzierung betroffen sind, bringen wir unseren Ärger und unsere Ablehnung gegenüber der Regierung zum Ausdruck. Sie schützt die Mikrofinanzunternehmen, die für unsere finanzielle Katastrophe verantwortlich sind, und führt die Frauen und alle von der Mikrofinanzkrise betroffenen Menschen in die Irre.

Wir haben nachgewiesen, wie alle bisherigen Regierungen es den Finanzunternehmen ermöglicht haben, von den Lebens- und Arbeitsproblemen der Frauen zu profitieren, statt eine Lösung dieser Probleme durch einen nationalen Wirtschaftsentwicklungsplan anzugehen. Untragbare Schulden, die den Frauen und ihren Familien aufgebürdet werden, zeugen vom Versagen der Regierungspolitik. Seit 2017 machen wir auf den Zusammenhang zwischen unseren Lebensverhältnissen, Suiziden, Enteignungen, Vertreibungen, häuslicher Gewalt, Familienstreitigkeiten und dem Prob-

lem der Überschuldung aufmerksam. Wir haben die Regierung, die Zentralbank, das Finanzministerium, wichtige politische Vertreter:innen in der Regierung sowie die Öffentlichkeit wiederholt auf diese Problematik hingewiesen. Die politische Führung und die Entscheidungsträger scheinen jedoch taub und blind zu sein, da sie glauben, dass neue Kreditprogramme die aktuelle Mikrofinanzkrise lösen würden. Sie haben unsere Erfahrungen, die das Scheitern des kreditfinanzierten unternehmerischen Engagements und der beruflichen Selbstständigkeit bestätigen, ignoriert. Wir wollen nicht vom Regen in die Traufe kommen, indem wir der gescheiterten Regierungspolitik weiter hinterherlaufen.

Die Wirtschaftskrise, mit der das Land konfrontiert ist, hat Einkommensverluste und einen Anstieg der Lebenshaltungskosten ausgelöst. Hinzu kommt die derzeitige Krise in der Landwirtschaft. All das hat dazu geführt, dass überschuldete Frauen ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können.

Probleme, die sich aus dem aktuellen Kontext ergeben:

1. Unnachgiebiges Eintreiben von Schulden

a. Mikrofinanzkreditnehmer:innen, die in der Landwirtschaft, der Fischerei und der informellen Wirtschaft tätig sind, haben keine gesicherten Löhne oder Rentenansprüche. Daher sind sie anfälliger für die Folgen von Klimawandel, wirtschaftlichen Schwankungen, Krankheiten und Unfällen. Die Covid-19-Pandemie belegt zahlreiche Fälle, in denen Frauen in noch riskantere Formen der Verschuldung gezwungen wurden, weil sie aufgrund des Zusammenbruchs ihrer normalen Einkommensquellen die Schulden nicht zurückzahlen konnten.

b. Frauen, die Mikrofinanzierungen in Anspruch nehmen, berichten über den Verlust von Ersparnissen, Haushaltsgegenständen, Gold und Land im Zuge der Schuldentrückzahlung.

c. Frauen sind häufiger häuslicher Gewalt ausgesetzt, die sich aus Konflikten im Haushalt ergibt, wenn sie der Rückzahlung von Schulden Vorrang vor anderen Haushaltsausgaben für Nahrung, Bildung und Gesundheitsversorgung einräumen.

d. Ein Bericht des unabhängigen Sachverständigen für Auslandsverschuldung und Menschenrechte beim UN-Menschenrechtsrat, Juan Pablo Bohoslavski, aus dem Jahr 2018 belegt, dass 2,4 Millionen der 2,8 Millionen Menschen, die in der Mikrofinanz-Schuldenfalle in Sri Lanka stecken, Frauen sind.

e. Medienberichte der letzten Jahre sowie Aufzeichnungen der Polizeibehörde über Selbstmorde in Sri Lanka belegen über 200 Suizide im Zusammenhang mit der Mikrofinanzierung.

2. Gerichtsverfahren gegen säumige Kreditnehmer:innen

a. Finanz- und Mikrofinanzunternehmen haben den Rechtsweg genutzt, um Frauen zur Rückzahlung unbezahlter Schulden zu zwingen.

b. Einige Unternehmen bedrohen Frauen in abgeschiedenen Gebieten mit Prozessen vor Gerichten in der Hauptstadt Colombo.

c. Die meisten Kreditnehmer:innen können die Anwaltskosten nicht tragen. Viele können es sich nicht leisten, zu Gerichtsverhandlungen zu fahren. Deshalb erhalten die Betroffenen von Mikrofinanzierungen weder eine gerechte Anhörung noch eine rechtliche Vertretung. Fast alle Verfahren werden zugunsten der Finanzunternehmen entschieden.

3. Dauerhafte finanzielle Entmachtung

- a. Kreditnehmer:innen, die ihre Schulden nicht zurückzahlen können, werden aus den Listen des Kreditinformationsbüros (Credit Information Bureau of Sri Lanka) gestrichen, was ihnen den Zugang zu anderen Finanzquellen im formellen Finanzsektor verwehrt.
- b. Ein großer Teil der im CRIB gelisteten Mikrofinanzkreditnehmer:innen ist vom Zugang zu finanziellen Vergünstigungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie ausgeschlossen.
- c. Wenn Mikrofinanzkreditnehmer:innen der Zugang zu den formellen Finanzmärkten verwehrt wird, sind sie zwangsläufig auf prekäre Finanzierungsformen auf dem informellen Markt angewiesen.

4. Rückzahlungsdruck zwingt Frauen zu Aktivitäten, die gegen die gesellschaftlichen Werte verstoßen.

- a. In vielen Dörfern hat das Fehlen von Einkommensmöglichkeiten Frauen in die Prostitution getrieben.
- b. Die Schuldenlast hat sich negativ auf die schulische Ausbildung der Kinder und das psychische Befinden der Familien ausgewirkt.

Vor einem Jahr erklärten wir im Rahmen des *Satyagraha*, dass wir statt Schulden, die für Frauen tödlich sind, das Leben wählen. Wir haben beschlossen, keine ungerechten Schulden mehr zurückzuzahlen. Wir werden auch keine Kredite bei ausbeuterischen Finanzunternehmen aufnehmen. Wir rufen alle 2,8 Millionen Frauen in Sri Lanka, die Opfer der Mikrokreditfinanzierung sind, dazu auf, Mikrofinanzunternehmen, die Kredite zu überhöhten Zinssätzen vergeben, eine Absage zu erteilen. Lasst uns gemeinsam einen organisierten alternativen Fördermechanismus ins Leben rufen, der auf unsere Entwicklungsbedürfnisse eingeht! Nicht zuletzt sollten die Regierung und die Politiker, die wir an die Macht gewählt haben, endlich anfangen, Augen und Ohren zu öffnen und zu einer wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen, die verantwortlich gegenüber den Menschen ist.

Sieg für unseren Kampf!

Übersetzung: Uwe Hoering

Die Autor:innen

Das Kollektiv der von Mikrofinanzierung betroffenen Frauen (Collective of Women Affected by Microfinance), RB1, Temple Road, Hingurakgoda, Sri Lanka

V.i.S.d.P.:
Jean Donauer
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln (Germany)
speak.up@asienhaus.de
www.asienhaus.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens
Das Redaktionsnetzwerk Südasiens ist eine Kooperation zwischen der Stiftung Asienhaus und dem Südasiensbüro.

SÜDASIEN

